

Trends in der öffentlichen Meinung im Vorfeld der Europawahl 1989

Vorbemerkung

Die folgende Datendokumentation und Kurzanalyse basiert auf zwei bundesweiten Bevölkerungsumfragen, die das Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung im November/Dezember 1988 und im März 1989 auf breiter repräsentativer Basis durchgeführt hat.

Befragt wurden 1988 ca. 5 000, im März 1989 ca. 2 000 wahlberechtigte Personen im Bundesgebiet. Die Feldarbeit lag 1988 beim GETAS-Institut, 1989 bei Basis-Research.

Alle Ergebnisse wurden politisch gewichtet (Recall-Gewichtung).

Inhalt

	Seite
1. Wie sehen die Deutschen die EG?	3
1.1. Bedeutung der EG-Mitgliedschaft für die Bundesrepublik	3
1.2. Beurteilung der Europapolitik: Zwischen europäischem Engagement und nationalem Interesse	7
2. Die zukünftige Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft	8
2.1. Die Weiterführung des Einigungsprozesses	8
2.2. Erwartungen an den Europäischen Binnenmarkt	9
2.3. Die künftige Ausgestaltung der EG	14
2.4. Europas Rolle in der Welt	15
2.5. Die Beurteilung des Europäischen Parlaments	15
3. Wahlbereitschaft und Mobilisierung vor der Europawahl 1989	19
4. Politische Aufgaben	25
4.1. Die Bedeutung politischer Aufgaben in der Bundesrepublik	25
4.2. Politische Prioritäten zwischen bundesrepublikanischen und europäischen Gemeinschaftslösungen	27
5. Das Rechtspotential am Beispiel der Republikaner	30

1. Wie sehen die Deutschen die EG?

1.1. Bedeutung der EG-Mitgliedschaft für die Bundesrepublik

Die Europäische Gemeinschaft wird im Frühjahr 1989 sehr differenziert beurteilt. Dabei ergeben sich zum Teil gegenläufige Tendenzen, die die beginnende Polarisierung der Meinungen vor der Wahl widerspiegeln.

Insgesamt hat sich der Trend zu einer kritisch abwägenden, alles in allem eindeutig positiven Einschätzung der EG seit Ende des letzten Jahres fortgesetzt, allerdings mit zum Teil bemerkenswerten, ambivalenten Akzentuierungen.

Für 90 Prozent der Bürger ist die EG zu einer Selbstverständlichkeit geworden (nur 10 Prozent wollen sie abschaffen). Der Integrationsprozeß wird von der großen Mehrheit der Bevölkerung grundsätzlich befürwortet (nur 14 Prozent wollen ihn verlangsamen). Zugleich wird mehr und mehr unterschieden zwischen politischen Problemen, die auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft gelöst werden müssen, insbesondere die großen ökologischen, ökonomischen sowie außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, und solchen, die besser auf nationaler Ebene angepackt werden sollten. In dieser problemlösungsorientierten Differenzierung scheint ein Grundzug im Wandel des Europabildes zu liegen — der Wandel von einer eher idealistischen Europaidentifikation hin zu einer eher instrumentellen, problemlösungsorientierten Bejahung der EG.

Auf dieser Grundlage, die hinten noch ausführlicher dargestellt wird, ergeben sich eine Reihe von Veränderungen in den Sichtweisen der EG und des Binnenmarktes, die durchaus widersprüchlich sind und damit nicht zuletzt die relativ schlechte Informationssituation in der Bevölkerung widerspiegeln.

Waren im November 1988 33 Prozent der Bevölkerung von den **Fortschritten** in der europäischen Einigung beeindruckt, hat sich die Positiveinschätzung bis zum Frühjahr 1989 um weitere 3 Prozentpunkte auf 36 Prozent erhöht.

Gleichzeitig verminderte sich die Zahl der Bundesbürger, die in den europäischen Integrationsbemühungen keine Veränderungen registrierten, leicht auf knapp unter 50 Prozent. Tendenziell ging auch die Wahrnehmung von Rückschritten auf 13 Prozent zurück. (*Tabelle 1*)

Während die europäischen Einigungsbemühungen von einem langsam wachsenden Teil der Bundesbürger zunehmend honoriert werden, mehren sich andererseits bei der Bewertung der **Vor- und Nachteile** der EG-Mitgliedschaft für die Bundesrepublik negative Einschätzungen.

Der Anteil der unentschieden urteilenden Bürger, die **Vorteile und Nachteile** der EG-Mitgliedschaft gleichermaßen wahrnehmen, ging zurück. Zugleich

Tabelle 1

	Seit der letzten Europawahl sehen...								
	Fortschritte			Rückschläge			keine Veränderung		
	3/ 1984 %	11/ 1988 %	3/ 1989 %	3/ 1984 %	11/ 1988 %	3/ 1989 %	3/ 1984 %	11/ 1988 %	3/ 1989 %
Insgesamt	21	33	36	35	14	13	41	51	48
CDU/CSU-Anhänger	25	40	39	33	10	10	39	48	48
SPD-Anhänger	20	32	37	35	14	11	42	52	50
FDP-Anhänger	17	37	59	42	14	9	39	48	31
Anhänger der Grünen	22	36	44	42	17	16	35	45	40
Anhänger der Republikaner	—	—	26	—	—	27	—	—	47

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8401, 8804, 8901

Tabelle 2

	Bedeutung der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft								
	Die Mitgliedschaft in der EG bringt der Bundesrepublik								
	eher Vorteile			teils Vorteile/ teils Nachteile			eher Nachteile		
	2/ 1988 %	11/ 1988 %	3/ 1989 %	2/ 1988 %	11/ 1988 %	3/ 1989 %	2/ 1988 %	11/ 1988 %	3/ 1989 %
Insgesamt	21	24	24	43	50	44	36	24	31
CDU/CSU-Anhänger	22	32	25	46	46	46	32	21	29
SPD-Anhänger	22	22	27	40	51	43	38	25	30
FDP-Anhänger	17	25	23	50	53	52	33	21	24
Anhänger der Grünen	26	23	36	46	52	45	28	23	19
Anhänger der Republikaner	—	—	13	—	—	25	—	—	64

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8401, 8804, 8901

Stieg der Anteil der **Unzufriedenen**, die eher Nachteile sehen, auf fast ein Drittel an.

Vorteile werden von konstant 24 Prozent wahrgenommen. (*Tabelle 2*)

Die insgesamt etwas negativer gewordene Beurteilung von Vor- und Nachteilen der EG-Mitgliedschaft durch die Bundesbürger dürfte in Verbindung mit einer zunehmenden Betonung eigenständiger bundesrepublikanischer Interessen und einem **wachsenden deutschen Selbstwertgefühl** stehen, das die ältere idealistische Europaidentifikation allmählich ablöst und zu einer eher pragmatisch abwägenden Neubewertung der EG führt.

Illustriert wird diese Haltung — neben weiteren Indikatoren unten — nicht zuletzt durch die fortschreitend sinkende Unterstützungsbereitschaft zur Einführung einer **einheitlichen europäischen Währung**.

War 1970 noch mehr als die Hälfte (52 Prozent) der gesamten Bevölkerung dafür, die D-Mark durch eine einheitliche europäische Währung zu ersetzen, so war im März 1989 nur noch jeder dritte Wähler (32 Prozent) damit einverstanden.

Frage: „Wären Sie dafür oder dagegen, wenn es keine D-Mark mehr geben würde, sondern nur noch ein einheitliches europäisches Geld?“ (*Tabelle 3*)

Eine deutliche Zwei-Drittel-Mehrheit spricht sich zugunsten der Beibehaltung einer stabilen D-Mark aus (67 Prozent). Die Favorisierung nationaler Eigenständigkeit wird in annähernd gleicher Weise bei der Bewertung deutscher Beitragszahlungen an die Europäische Gemeinschaft zum Ausdruck gebracht. Demgemäß werden die **deutschen Zahlungen an die EG** von fast zwei Dritteln als zu hoch angesehen, obwohl 40 Prozent aller Bundesbürger nach eigenen Angaben gar nicht wissen, wie hoch die Beiträge sind. (*Tabelle 4*)

Tabelle 3

	1970 %	1974 %	1977 %	1979 %	1982 %	1985 %	1988 %	1989*) %
Dafür	52	57	35	39	33	33	20	32
Dagegen	26	22	49	40	45	35	57	67

Quelle: 1970—1988: Institut für Demoskopie Allensbach, Die Einstellung zu einer einheitlichen europäischen Währung (1988: 2f)

*) 1989: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung (etwas veränderte Fragestellung)

Tabelle 4

	Beiträge an die Europäische Gemeinschaftskasse		
	Die Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland an die EG halten für...		
	erher zu hoch %	gerade angemessen %	erher zu niedrig %
Insgesamt	63	33	2
Männer	64	33	1
Frauen	63	32	2
18 bis 24 Jahre	52	45	2
25 bis 29 Jahre	54	42	2
30 bis 44 Jahre	60	35	3
45 bis 59 Jahre	67	29	1
60 Jahre und älter	72	25	1
Hauptschule	72	26	1
Mittlere Reife	57	38	1
Abitur und höher	44	49	3
CDU/CSU-Anhänger	64	34	1
SPD-Anhänger	62	34	2
FDP-Anhänger	60	39	0
Anhänger der Grünen	49	46	4
Anhänger der Republikaner	88	10	2

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8901

Tabelle 5

	Europäisches Bewußtsein		
	Es fühlen sich als Europäer...		
	wenig angesprochen %	etwas angesprochen %	stark angesprochen %
Juli 1976	30	19	48
Oktober 1983	36	23	40
November 1988	39	24	37
März 1989	38	24	38

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 7614, 8307, 8804, 8901

1.2. Beurteilung der Europapolitik:

Zwischen europäischem Engagement und nationalem Interesse

Das **ideelle Europa-Engagement** früherer Jahre ist seit dem Ende der 70er Jahre **rückläufig**. Fühlte sich 1976 noch jeder zweite Bundesbürger „als Europäer“ „stark angesprochen“, sind es gegenwärtig nur noch 38 Prozent. An diesem Tatbestand hat sich seit etwa 1983 kaum etwas geändert.
 (Tabelle 5)

Im gleichen Zeitraum ist das bundesrepublikanische Nationalbewußtsein gewachsen. Drei Viertel der Bundesbürger sind 1989 „sehr stolz“ oder „ziemlich stolz“ darauf, Deutsche zu sein
 (1989: 76 Prozent; + 9 Prozentpunkte seit 1981).

Ungeachtet einer zunehmenden Betonung des nationalen Bewußtseins sieht nur etwa jeder fünfte Bundesbürger im europäischen Einigungsprozeß **Nachteile für das Ziel der deutschen Wiedervereinigung** (1989: 21 Prozent; + 2 Prozentpunkte im Vergleich zu 1983). Die Mehrheit der Bevölkerung geht davon aus, daß die Frage der Wiedervereinigung dadurch gar nicht beeinflußt wird (1983: 62 Prozent; - 5 Prozentpunkte). Jeder fünfte Bürger (21 Prozent) erwartet sogar **Erleichterungen** hinsichtlich dieser Zielsetzung (1983: 15 Prozent; + 6 Prozentpunkte). Insbesondere CDU/CSU- und FDP-Anhänger vertreten diese Auffassung. Die Anhänger der Oppositionsparteien haben sich dieser Sichtweise in den letzten Jahren zunehmend angeschlossen.

(Tabellen 6 und 7)

Tabelle 6

	Vaterlandsstolz					
	„Wie stolz sind Sie darauf, Deutsche(r) zu sein? Würden Sie sagen:“					
	März 1981 %	Okt. 1985 %	März/ April 1986 %	Okt. 1986 %	Nov. 1988 %	März 1989 %
sehr stolz/ ziemlich stolz	67	74	72	74	70	76
nicht sehr stolz/ überhaupt nicht stolz	33	26	28	26	30	24

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung,

8163NE, März 1981; 8510XO, Okt. 1985; 8601XO, März/April 1986; 8603XO, Okt. 1986;
 8804XO, Nov. 1988; 8901XO, März 1989

2. Die zukünftige Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft

2.1. Die Weiterführung des Einigungsprozesses

Mit dem bisherigen Verlauf der europäischen Einigung scheint die Mehrheit der Bevölkerung zufrieden zu sein. 51 Prozent meinen, der Prozeß der europäischen Einigung solle so weitergeführt werden wie bisher. Ein weiteres Drittel der Bevölkerung spricht sich für eine Beschleunigung des Einigungsprozesses aus. Nur 14 Prozent meinen, die europäische Einigung solle

Tabelle 7

	Einfluß der Europäischen Einigung auf die deutsche Wiedervereinigung					
	Die Wiedervereinigung Deutschlands wird durch die westeuropäische Einigung...					
	eher erleichtert		eher erschwert		hat keinen Einfluß	
	10/1983 %	3/1989 %	10/1983 %	3/1989 %	10/1983 %	3/1989 %
Insgesamt	15	21	19	21	62	57
Männer	14	22	25	22	58	54
Frauen	16	19	14	20	66	59
18 bis 24 Jahre	11	18	27	21	57	61
25 bis 29 Jahre	10	20	17	22	69	57
30 bis 44 Jahre	12	19	20	22	66	56
45 bis 59 Jahre	19	24	17	20	61	57
60 Jahre und älter	19	20	17	20	60	57
Hauptschule	15	18	18	21	63	59
Mittlere Reife	17	23	16	18	64	57
Abitur und höher	13	24	27	25	58	48
CDU/CSU-Anhänger	18	25	18	17	61	57
SPD-Anhänger	15	23	21	22	62	54
FDP-Anhänger	11	33	23	21	64	45
Anhänger der Grünen	6	21	30	19	63	56
Anhänger der Republikaner	—	16	—	30	—	54

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8307, 8901

verlangsamt fortgeführt werden — unter ihnen vor allem die älteren Bevölkerungsgruppen (über 60 Jahre). Auch hier wird deutlich, daß die EG alles in allem offenbar akzeptiert wird, größere Differenzen gibt es allerdings hinsichtlich des Tempos und des Grades der Integration. (*Tabelle 8*)

2.2. Erwartungen an den Europäischen Binnenmarkt

Die Realisierung des Europäischen Binnenmarktes im Jahre 1992 wird von der Bevölkerung gegenwärtig **vorsichtig zurückhaltend** eingeschätzt. Knapp die Hälfte der Bundesdeutschen gibt zwar an, schon einmal etwas über den Binnenmarkt gehört zu haben, aber nur ein Viertel zeigt sich darüber gut informiert. Bei diesem recht geringen Kenntnisstand halten sich Hoffnungen und Befürchtungen über seine Auswirkungen ziemlich exakt die Waage. Die eine Hälfte der Bevölkerung sieht den Binnenmarkt eher optimistisch, die andere Hälfte eher pessimistisch. (*Tabelle 9*)

Tabelle 8

	Einstellungen zur zukünftigen europäischen Einigung		
	sollte beschleunigt werden %	sollte verlangsamt werden %	sollte weiter- geführt werden wie bisher %
Insgesamt	33	14	51
Männer	36	15	48
Frauen	31	14	54
18 bis 24 Jahre	35	10	55
25 bis 29 Jahre	38	15	46
30 bis 44 Jahre	36	11	52
45 bis 59 Jahre	34	15	51
60 Jahre und älter	28	19	52
Hauptschule	26	17	56
Mittlere Reife	41	11	47
Abitur und höher	50	9	41
CDU/CSU-Anhänger	34	11	55
SPD-Anhänger	34	12	53
FDP-Anhänger	46	8	45
Anhänger der Grünen	52	9	39
Anhänger der Republikaner	18	43	41

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8901

Der Informationsgrad steigt dabei deutlich mit dem Bildungsniveau. Mit dem Informationsgrad steigt auch die positive Einstellung. Von denjenigen, die bereits viel über den Binnenmarkt gehört haben, äußern 58 Prozent Hoffnungen und nur 39 Prozent Befürchtungen. Bei denjenigen, die weniger darüber wissen, ist das Verhältnis umgekehrt. (Tabelle 10)

An positiven Auswirkungen erwartet man sich vom Europäischen Binnenmarkt in allererster Linie wirtschaftliche Vorteile für die Bundesrepublik. 45 Prozent aller Antworten auf eine offene Frage beziehen sich dabei spontan auf den weiten Bereich der Wachstums-, Konjunktur-, Wettbewerbs- und Preispolitik. Vorteile für den Arbeitsmarkt erwartet nur jeder zehnte Wähler.

Alle übrigen genannten Vorteile des Binnenmarktes: kulturelle Annäherung der europäischen Völker (16 Prozent), die Verbesserung der Reisemöglichkeiten (9 Prozent), Beitrag zur Völkerverständigung (4 Prozent) oder allgemein positive Auswirkungen auf den Einigungsprozeß (9 Prozent) fallen weniger ins Gewicht. (Tabelle 11)

Tabelle 9

	Informationen über die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes		
	viel %	etwas %	wenig %
Insgesamt	26	46	27
Männer	36	44	19
Frauen	17	48	34
18 bis 24 Jahre	25	48	27
25 bis 29 Jahre	27	48	22
30 bis 44 Jahre	28	46	25
45 bis 59 Jahre	32	44	23
60 Jahre und älter	18	46	34
Hauptschule	19	46	33
Mittlere Reife	34	46	20
Abitur und höher	42	46	12
CDU/CSU-Anhänger	27	50	21
SPD-Anhänger	27	47	24
FDP-Anhänger	44	37	20
Anhänger der Grünen	34	50	15
Anhänger der Republikaner	21	49	30

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8901

Negative Auswirkungen des Binnenmarktes werden weit überwiegend ebenfalls im Bereich der Wirtschaftspolitik (35 Prozent) und der Arbeitsmarktpolitik (16 Prozent) gesehen. Die Bundesbürger fürchten dabei sowohl allgemeine Wettbewerbsnachteile für die Bundesrepublik (12 Prozent der Nennungen) wie auch speziell für die deutschen Landwirte (4 Prozent), die Zahlmeisterrolle der Deutschen (7 Prozent) und mögliche Preissteigerungen (5 Prozent).

Arbeitsmarktpolitisch erwartet man vorrangig eine Steigerung der Arbeitslosenziffern (12 Prozent), die vermehrte Einreise von Gastarbeitern (8 Prozent) und eine Gefährdung des hohen deutschen Sozialleistungsstandards (3 Prozent).

Tabelle 10

Die Einschätzung des gemeinsamen Binnenmarktes

	eher mit Hoffnungen %	eher mit Befürchtungen %
Insgesamt	47	48
Vom Binnenmarkt		
viel gehört	58	39
etwas gehört	48	49
wenig gehört	35	55
Männer	50	46
Frauen	44	49
18 bis 24 Jahre	52	44
25 bis 29 Jahre	53	40
30 bis 44 Jahre	53	42
45 bis 59 Jahren	44	50
60 Jahre und älter	38	55
Hauptschule	39	55
Mittlere Reife	53	42
Abitur und höher	64	31
CDU/CSU-Anhänger	52	43
SPD-Anhänger	47	49
FDP-Anhänger	62	32
Anhänger der Grünen	69	29
Anhänger der Republikaner	23	73

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8901

Ein weitaus geringerer Anteil der Befürchtungen vor negativen Auswirkungen des Binnenmarktes wird mit kulturellen Problemen für die Bundesrepublik begründet (13 Prozent). Hier fallen insbesondere Befürchtungen vor einer „Verwahrlosung der Sitten“, einem Anstieg der Kriminalität und der Zunahme des Drogenhandels ins Gewicht.

Tabelle 11

	Hoffnungen gegenüber dem gemeinsamen Binnenmarkt*)				
	Insgesamt %	CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
Wirtschaftliche Vorteile	45	52	44	79	46
davon:					
wirtschaftliches Wachstum	12	15	12	21	11
Beseitigung der Handelsschranken	10	10	10	14	16
freier Wettbewerb	8	11	7	15	7
sinkende Preise	8	6	9	7	7
Vorteile für den Arbeitsmarkt	10	10	10	11	21
davon:					
mehr Arbeitsplätze	5	6	4	4	13
Vorteile für die politische Einigung	9	10	9	9	15
davon:					
gemeinsame Politik	4	5	4	4	9
Vorteile für die kulturelle Annäherung	16	15	19	28	28
davon:					
Verbesserung der Reisemöglichkeiten	9	9	10	13	11
Völkerverständigung	4	4	5	9	7

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8901

*) Mehrfachnennungen

Die Daten lassen erkennen, daß **Unionsanhänger aufgeschlossener gegenüber dem Binnenmarkt** sind und deutlich stärker die wirtschaftlichen Vorzüge der EG hervorheben als mögliche Nachteile. Demgegenüber finden sich unter SPD-Anhängern häufiger solche, die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Nachteile von der EG erwarten. (*Tabelle 12*)

Tabelle 12

Befürchtungen gegenüber dem gemeinsamen Binnenmarkt*)

	Anhänger der ...				
	Insgesamt %	CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
Wirtschaftliche Nachteile	35	35	40	24	16
davon:					
Wettbewerbsnachteile	12	13	15	12	5
Deutsche als Zahlmeister					
Europas	7	6	7	2	6
Preisseigerungen	5	4	8	4	1
Nachteile für Bauern	4	6	3	1	1
Nachteile für den					
Arbeitsmarkt	26	22	26	27	20
davon:					
mehr Arbeitslose	12	12	12	13	8
mehr Gastarbeiter	8	7	7	4	1
Gefährdung der sozialen					
Leistungen	3	2	4	7	4
Kulturelle Nachteile	13	16	14	5	3
davon:					
Verwahrlosung der Sitten	4	5	4	1	2
Anstieg der Kriminalität	4	5	4	1	2
Zunahme des Rauschgift-					
handels	3	4	3	0	0

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8901

*) Mehrfachnennungen

2.3. Die künftige Ausgestaltung der EG

Für die Mehrheit der Wähler stellt sich gegenwärtig die Frage einer künftigen Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft als eine Alternative zwischen dem „**Status quo**“, der an Attraktivität in der Wählerschaft insgesamt (besonders in den mittleren Alters- und Bildungsgruppen) **gewonnen** hat (1989: 36 Prozent; + 4 Prozentpunkte) und einer „**Regierung mit eingeschränkter Kompetenz**“, für die **rückläufige Zustimmungsraten** zu beobachten sind (1989: 35 Prozent; -5 Prozentpunkte).

Hierin unterscheiden sich die Anhängerschaften der Volksparteien nicht sehr.

Etwa drei Viertel der SPD- und Unionsanhänger präferieren zu jeweils gleichen Teilen die Regierungsmodelle „**Status quo**“ oder „**Regierung mit eingeschränkter Kompetenz**“. Die SPD-Anhänger neigen in jüngerer Zeit stärker dem „**Status quo**“ zu (1989: 38 Prozent; + 6 Prozentpunkte). Bei den Unionsanhängern hat es keine Veränderungen gegeben (1989: 36 Prozent; + 1 Prozentpunkt).

Die Anhänger der beiden kleinen Parteien ziehen dagegen mehrheitlich (mit über 40 Prozent) das europäische Gemeinschaftsmodell „**Regierung mit eingeschränkter Kompetenz**“ vor und zu jeweils etwa einem Viertel die alternativen europäischen Regierungsmodelle „**Status quo**“ und „**Regierung mit umfassender Kompetenz**“.

In diesen Veränderungsraten grundsätzlicher Einstellungen zu Europa drückt sich bereits die **beginnende Polarisierung generationenspezifischer Bewertungen zu europäischen Themen aus**.

Die **Wähler der mittleren Generation** (25- bis 44jährige) sind es denn auch, bei denen — abweichend von der überwiegenden Wählermehrheit — im Vergleich zum Vorjahr zunehmend die weitestgehende Vorstellung einer zukünftigen Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft an Boden gewinnt, nämlich die Befürwortung einer „**europäischen Regierung mit umfassender Kompetenz**“ (1989: ca. 23 Prozent; + 4 Prozentpunkte). Eine „**europäische Regierung mit eingeschränkter Kompetenz**“ befürworten dagegen — hierin ebenfalls abweichend von dem generellen Trend der Wählerschaft insgesamt — mit leicht zunehmender Tendenz die **18- bis 24jährigen Jungwähler** (1989: 43 Prozent; + 3 Prozentpunkte), die damit eine ähnlich hohe Zustimmungsrate aufweisen wie die Anhänger der Grünen (1989: 41 Prozent; + 2 Prozentpunkte).

In der **älteren Generation** zeigt sich dagegen eine deutlich über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung liegende **Befürwortung des „Status quo“**

quo“: Die Gruppe der 45- bis 59jährigen Befürworter ist seit dem letzten Jahr um + 10 Prozentpunkte angewachsen (1989: 42 Prozent); auch von den ältesten, den über 60jährigen Wählern wird der „Status quo“ mehrheitlich bevorzugt (1989: 39 Prozent; + 3 Prozentpunkte). Ein wachsender Anteil der ältesten Wählergruppe macht jedoch darüber hinaus aus seiner wachsenden Ablehnung der Europäischen Gemeinschaft keinen Hehl und fordert eine rigorose „Auflösung“ (1989: 15 Prozent; + 4 Prozentpunkte). (*Tabelle 13*)

2.4. Europas Rolle in der Welt

Über die letzten Jahre hinweg möchte der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung die weltpolitische Rolle der Europäer in Partnerschaft mit den USA ausgeübt sehen. Diese Partnerrolle — mit mehr oder weniger großer Eigenständigkeit der Europäer — wird seit 1983 annähernd konstant von etwa drei Vierteln der Bundesbürger befürwortet.

Auf der anderen Seite hat aber auch die Vorstellung von einem Europa als unabhängige Kraft zwischen Ost und West an Attraktivität gewonnen. Ein gutes Viertel der Bevölkerung spricht sich heute für eine völlig eigenständige Politik der Europäer aus. (*Tabelle 14*)

2.5. Die Beurteilung des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament gewinnt in diesem Stimmungsfeld langsam einen etablierten Platz. Sein Bekanntheitsgrad hat sich in den achtziger Jahren wenig geändert. 84 Prozent haben schon einmal von ihm gehört.

Informationsdefizite sind vor allem bei Frauen, Hauptschülern und ganz jungen (18- bis 24jährigen) sowie alten Wählern (über 60jährigen) festzustellen.

Trotz des hohen Bekanntheitsgrades des Europaparlaments ist der Anteil derjenigen, die die Arbeit des Parlaments nicht beurteilen können, mit 55 Prozent nach wie vor sehr hoch.

Zudem wird die Arbeit der Parlamentarier seit November 1988 wieder etwas schlechter eingeschätzt. Positive Zensuren bekommt das Europaparlament jetzt von einem knappen Viertel der Bevölkerung (— 4 Prozentpunkte), negative dagegen von einem guten Fünftel (+ 3 Prozentpunkte.). (*Tabelle 15*)

Tabelle 13**Zukünftige Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft**

	Für die beste Möglichkeit wird gehalten...								
	Europäische Regierung mit				Status quo		EG auflösen		
	umfassender Kompetenz		beschränkter Kompetenz						
	11/ 1988 %	3/ 1989 %	11/ 1988 %	3/ 1989 %	11/ 1988 %	3/ 1989 %	11/ 1988 %	3/ 1989 %	
Insgesamt	18	17	40	35	32	36	9	10	
18 bis 24 Jahre	19	14	40	43	32	35	8	6	
25 bis 29 Jahre	19	23	44	38	26	29	11	8	
30 bis 44 Jahre	19	22	43	37	29	32	9	8	
45 bis 59 Jahre	19	14	41	33	32	42	8	10	
60 Jahre und älter	16	14	35	31	36	39	11	15	
Hauptschule	16	15	37	31	35	38	11	14	
Mittlere Reife	20	18	42	37	31	37	7	6	
Abitur und höher	25	22	47	46	23	27	5	3	
CDU/CSU-Anhänger	17	19	43	37	35	36	6	7	
SPD-Anhänger	19	16	41	37	32	38	7	8	
FDP-Anhänger	16	20	49	43	26	29	9	7	
Anhänger der Grünen	28	27	39	41	21	25	11	7	
Anhänger der Republikaner	—	12	—	26	—	38	—	26	

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8804, 8901

genauer Wortlaut:

Europäische Regierung mit umfassender Kompetenz:

Die Grenzen zwischen den europäischen Staaten werden aufgehoben. Es gibt eine einheitliche europäische Regierung mit weitreichender, verbindlicher Entscheidungsbefugnis; die einzelnen Länder haben zusätzlich ihre Regierungen für die Wahrnehmung bestimmter einzelner Aufgaben.

Europäische Regierung mit beschränkter Kompetenz:

Die Europäische Gemeinschaft wird ausgebaut. Alle Länder haben zwar weiterhin ihre eigenen Regierungen, zusätzlich aber gibt es das Europäische Parlament mit einer Regierung, die für einzelne bestimmte Aufgaben verantwortlich ist.

Status quo:

Die Europäische Gemeinschaft soll weiter bestehenbleiben wie bisher, d. h., es gibt ein Europäisches Parlament mit Vorschlagsrecht, aber keine europäische Regierung. Die Entscheidung über die Vorschläge hat weiterhin jedes Land für sich allein.

EG auflösen:

Die Europäische Gemeinschaft hat sich in der Vergangenheit nicht bewährt, sie sollte wieder aufgelöst werden.

Tabelle 14**Europas Rolle in der Welt**

Die Europäer sollten...

	als Partner der USA eng mit den Amerikanern zusammenarbeiten			zwar Partner der USA bleiben, aber eine unabhängige Politik verfolgen als bisher			als eigenständige Kraft eine ganz unabhängige Politik verfolgen				
	10/ 1983	3/ 1984	2/ 1988	3/ 1989	10/ 1983	3/ 1984	2/ 1988	10/ 1983	3/ 1984	2/ 1988	3/ 1989
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Insgesamt	17	17	15	13	62	58	60	19	24	24	27
Männer	17	15	15	11	61	59	60	20	25	26	29
Frauen	17	18	16	14	62	57	61	18	23	23	26
18 bis 24 Jahre	10	12	15	9	63	56	61	23	32	29	30
25 bis 29 Jahre	11	11	13	10	64	58	60	51	24	30	39
30 bis 44 Jahre	17	12	17	13	63	62	60	19	24	24	26
45 bis 59 Jahre	19	19	13	11	63	59	62	65	17	20	24
60 Jahre und älter	21	22	18	16	57	54	61	57	18	20	21
Hauptschule	19	19	16	14	60	57	61	59	18	23	22
Mittlere Reife	12	14	18	11	66	63	58	58	20	22	24
Abitur und Höher	16	12	7	11	55	59	65	22	31	34	24
CDU/CSU-Anhänger	25	25	25	16	61	56	58	63	11	17	21
SPD-Anhänger	10	11	10	11	65	62	63	59	23	26	29
FDP-Anhänger	18	16	12	21	61	63	69	65	22	19	20
Anhänger der Grünen	5	4	5	6	48	45	48	45	45	50	50
Anhänger der Republikaner	—	—	—	13	—	—	—	51	—	—	35

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung,
Archiv-Nr. S307, 8401, 8801, 8901

Tabelle 15**Beurteilung der Arbeit des Europäischen Parlaments**

	Die Arbeit des Europäischen Parlaments halten für...		
	gut %	nicht gut %	kann nicht beurteilen/ weiß nicht %
Oktober 1983	23	29	47
März 1984	19	25	55
Februar 1988	22	26	52
November 1988	28	18	54
März 1989	24	21	55

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8307, 8401, 8801, 8804, 8901

Tabelle 16**Interesse am politischen Geschehen in Europa**

	sehr stark		stark		etwas		kaum		überhaupt nicht	
	11/ 1988	3/ 1989	11/ 1988	3/ 1989	11/ 1988	3/ 1989	11/ 1988	3/ 1989	11/ 1988	3/ 1989
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Insgesamt	4	5	18	22	40	39	23	12	15	12
18 bis 24 Jahre	2	8	15	21	40	32	15	26	15	13
25 bis 29 Jahre	4	4	20	22	40	43	25	21	11	10
30 bis 44 Jahre	3	4	18	24	43	43	24	23	12	6
45 bis 59 Jahre	6	7	19	23	41	43	20	18	15	9
60 Jahre und älter	4	4	17	19	37	33	21	23	21	20
Hauptschule	2	3	12	17	39	38	26	25	21	17
Mittlere Reife	4	5	20	26	44	44	22	19	11	7
Abitur und höher	9	12	33	35	41	35	14	15	3	3
CDU/CSU-Anhänger	4	6	20	23	40	41	24	20	12	9
SPD-Anhänger	3	5	17	23	43	43	23	20	13	9
FDP-Anhänger	6	3	26	31	43	37	19	22	7	7
Anhänger der Grünen	6	9	22	29	42	38	20	20	10	4
Anhänger der Republikaner	—	0	—	19	—	42	—	29	—	9

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8804, 8901

3. Wahlbereitschaft und Mobilisierung vor der Europawahl 1989

Mit dem Näherrücken des Wahltermins wächst das politische Interesse an europäischen Fragen. Der Anteil der Bürger, die sich speziell für das politische Geschehen in Brüssel und Straßburg „stark interessieren“, vergrößerte sich seit Ende letzten Jahres von 22 Prozent um 5 Prozentpunkte auf 27 Prozent. Besonders ausgeprägt wuchs das Interesse an europäischen Belangen im Zuge des Vorwahlkampfes bei den 18- bis 24jährigen Jungwählern, in den mittleren Altersgruppen sowie bei Bürgern mit gehobenem Schulabschluß. (*Tabelle 16*)

Tabelle 17

Bedeutung einzelner Wahlen				
	sehr wichtig %	wichtig %	weniger wichtig %	unwichtig %
Europawahlen				
März 1984	18	35	34	14
Juli 1984	24	30	25	20
November 1988	22	38	29	11
März 1989	24	39	23	15
Bundestagswahlen				
März 1984	73	24	2	1
Juli 1984	69	25	4	1
November 1988	67	29	3	2
März 1989	69	26	4	1
Landtagswahlen				
März 1984	35	51	12	2
Juli 1984	35	45	15	5
November 1988	37	47	12	4
März 1989	42	48	9	1
Kommunalwahlen				
März 1984	33	49	15	3
Juli 1984	34	43	17	6
November 1988	36	48	14	3
März 1989	35	51	12	2

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8401, 8403, 8804, 8901

Die Europawahl hat im Vergleich zu Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen traditionell einen geringeren, wenn auch in den letzten Jahren steigenden Stellenwert. 63 Prozent der Bevölkerung halten sie für wichtig oder sehr wichtig (Bundestagswahl: 95 Prozent; Landtagswahl: 90 Prozent; Kommunalwahl: 86 Prozent). (*Tabelle 17*)

Allerdings wird die kommende Europawahl in ihrer Bedeutung wesentlich höher eingestuft als die beiden vorherigen.

Heute schätzt jeder dritte Wähler die bevorstehende Europawahl für wichtiger ein als die früheren. Dies dürfte mit der Verwirklichung des Binnenmarktes zusammenhängen. Für mehr als die Hälfte (53 Prozent) ist der Stellenwert der Europawahl 1989 gleichgeblieben. (Für weniger wichtig halten sie 14 Prozent). (*Tabelle 18*)

Tabelle 18

	Bedeutung der Europawahl 1989		
	Die kommende Europawahl wird... als die bisherigen Wahlen		
	wichtiger %	gleichwichtig %	weniger wichtig %
Insgesamt	33	53	14
Männer	39	48	12
Frauen	27	57	15
18 bis 24 Jahre	45	44	11
25 bis 29 Jahre	42	47	11
30 bis 44 Jahre	37	53	9
45 bis 59 Jahre	31	56	12
60 Jahre und älter	22	56	22
Hauptschule	24	58	18
Mittlere Reife	39	52	8
Abitur und höher	55	38	6
CDU/CSU-Anhänger	30	60	10
SPD-Anhänger	34	52	13
FDP-Anhänger	43	51	6
Anhänger der Grünen	51	40	8
Anhänger der Republikaner	28	44	29

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8901

Daß im Juni 1989 die nächste Europawahl stattfinden soll, ist jetzt 60 Prozent der Bundesbürger bekannt — eine Steigerung gegenüber dem Herbst letzten Jahres von 7 Prozentpunkten. Den höchsten Informationsstand haben die Anhänger der Grünen und der FDP. Aber auch die CDU/CSU-Anhänger zeigen sich über den Wahltermin etwas besser informiert als SPD-Anhänger. (Tabelle 19)

Dennoch zeigt die Bevölkerung im März 1989 eine noch eher zurückhaltende Wahlbereitschaft: 42 Prozent erklären sich „fest entschlossen“, weitere 36 Prozent „wahrscheinlich bereit“, zur Wahl zu gehen.

Bei denjenigen, die sich **an der Wahl beteiligen** wollen, ist **die gestiegene Einsicht in die europapolitischen Abhängigkeiten und Verflechtungen** bei der Lösung drängender Probleme der Bundesrepublik mit 38 Prozent **das am häufigsten genannte Wahlmotiv**.

Den zweiten Rang nimmt die **Stärkung des Europäischen Parlaments** (34 Prozent) ein. An dritter Stelle steht die Forderung nach einer **stärkeren Durchsetzung deutscher Interessen und Forderungen** (29 Prozent). Danach folgen die Stärkung der **Position Europas in der Weltpolitik** (28 Prozent), die Sicherung und Fortsetzung des bisher in der Europapolitik Erreichten

Tabelle 19

	Kenntnisse über den Wahltermin			
	gehört		nicht gehört	
	11/1988 %	3/1989 %	11/1988 %	3/1989 %
Insgesamt	53	60	47	39
CDU/CSU-Anhänger	58	64	42	35
SPD-Anhänger	54	60	45	39
FDP-Anhänger	61	74	38	26
Anhänger der Grünen	49	78	51	23
Anhänger der Republikaner	—	57	—	43

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8804, 8901

(25 Prozent), eine gemeinschaftliche europäische Politik (25 Prozent), eine Stärkung des „deutschen Gewichts“ in Europa und der Wunsch, die bevorzugte (nationale) Partei auch im Europäischen Parlament (20 Prozent) zu stärken.

Wahlteilnahme als Protest gegen die Bonner Regierung scheint — zumindest in der Rationalisierung — mit 17 Prozent einen geringeren Stellenwert zu haben, dürfte jedoch insbesondere bei den Anhängern der Oppositionsparteien die Wahlteilnahme wesentlich mit beeinflussen.

Tabelle 20

	Gründe für Wahlteilnahme bei der Europawahl	
	11/1988 %	3/1989 %
Viele drängende Probleme der Bundesrepublik Deutschland können nur im europäischen Rahmen gelöst werden.	28	38
Wir brauchen ein starkes Europäisches Parlament, damit Freiheit und Demokratie in Europa gesichert werden können.	36	34
Es ist wichtig, bei der Europawahl zu wählen, damit die Forderungen und Interessen der Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft stärker durchgesetzt werden können.	*	29
Die europäischen Länder können nur durch eine gemeinsame starke Europapolitik eine bedeutende Rolle in der Weltpolitik spielen.	34	28
Das, was in der Europapolitik bisher erreicht worden ist, muß gesichert und fortgesetzt werden.	29	25
Eine wirklich gemeinschaftliche europäische Politik kann es nur dann geben, wenn sich möglichst alle Bürger der EG-Staaten an der Europawahl beteiligen.	*	25
Die deutsche Politik muß in Europa ein starkes Gewicht haben.	24	24
Die Partei, der ich nahestehе, soll auch im Europäischen Parlament stark vertreten sein.	24	20
Für mich ist die Europawahl eine Möglichkeit, um der Bonner Regierung zu zeigen, daß ich mit ihrer Politik nicht einverstanden bin.	12	17

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8804, 8901
 * nicht erhoben

Der am häufigsten genannte Grund für das **Fernbleiben von den Wahlurnen** ist — obgleich deutlich geringer als im Herbst 1988 — die **geringe Leistungskompetenz des Europäischen Parlaments** (31 Prozent). Danach folgen in der Rangfolge der Nennungen die undurchschaubare Zusammensetzung des Europaparlaments (25 Prozent), befürchtete **Nachteile für die Bundesrepublik durch die EG** (22 Prozent), der geringe Einfluß des Parlaments (20 Prozent) und die Komplexität europäischer Politik (20 Prozent). Generelles Desinteresse an Wahlen (18 Prozent) und Wahlenthaltung aus Protest gegen die Europapolitik (12 Prozent) besitzen, wie im Herbst 1988, einen geringeren Stellenwert. (*Tabellen 20 und 21*)

Tabelle 21

	11/1988 %	3/1989 %
Die Europawahl hat für mich keine Bedeutung, denn im Europäischen Parlament wird zwar viel geredet, aber zu wenig erreicht.	43	31
Es hat eigentlich keinen Sinn, sich viele Gedanken darüber zu machen, wen man bei der Europawahl wählen soll. Man weiß doch gar nicht, wer in den anderen Ländern gewählt wird und wie sich das Europäische Parlament hinterher zusammensetzt.	24	25
Für die Bundesrepublik Deutschland haben sich aus der Europäischen Gemeinschaft überwiegend nur Nachteile ergeben.	24	22
Es ist gleichgültig, ob man bei der Europawahl wählt oder nicht, das Europäische Parlament hat viel zu wenig Einfluß.	27	20
Die europäische Politik ist so kompliziert, daß man als Wähler kaum noch entscheiden kann, wen man wählen soll.	22	20
Durch das, was in den letzten Jahren in der Politik passiert ist, habe ich jegliches Interesse an Wahlen verloren; das gilt auch für die Europawahl.	16	18
Es ist besser, man geht nicht zur Wahl, um den Politikern zu zeigen, daß es in Europa so nicht weitergehen kann.	11	12

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8804, 8901

Tabelle 22

Wichtigkeit vorgegebener politischer Aufgaben

	Die Lösung halten für sehr wichtig:				
	Herbst 1984 %	Herbst 1985 %	Herbst 1986 %	Herbst 1988 %	Frühjahr 1989 %
Die Arbeitsplätze sichern	84	81	81	79	81
Den Frieden sichern	—	81	83	84	81
Für den Umweltschutz sorgen	—	61	65	76	77
Die Renten sichern	67	69	71	67	72
Eine stabile Wirtschaftslage sichern	—	—	63	57	60
Den Zuzug von Ausländern (Asylanten) einschränken (begrenzen)	35	34	40	—	56
Mehr für die Gesunderhaltung der Menschen tun	44	42	53	50	53
Die Preise stabil halten	62	56	56	53	53
Die Bürger wirksamer vor Verbrechen schützen	52	50	56	56	49
Den Wohnungsbau fördern	—	—	—	—	44
Die Sozialleistungen verbessern	—	39	43	42	43
Die Entspannungspolitik mit der Sowjetunion verstärken (weiterführen)	44	33	41	39	35
Mehr für die berufliche Gleichstellung der Frau tun	—	—	—	36	32
Die europäische Einigung vorantreiben	—	—	—	25	25
Das Bündnis mit den USA stärken	22	17	23	18	17

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8510, 8603, 8804, 8901

4. Politische Aufgaben

4.1. Die Bedeutung politischer Aufgaben in der Bundesrepublik

Die vier wichtigsten bundespolitischen Probleme sind fast schon traditionell:

- die Arbeitsplatzsicherung (81 Prozent)
- die Sicherung des Friedens (81 Prozent)
- der Umweltschutz (77 Prozent) und
- die Rentensicherung (72 Prozent).

Etwa drei Viertel bis vier Fünftel der Bevölkerung halten diese Aufgaben für sehr wichtig. Von diesen Themen hat der Umweltschutz seit 1986 merklich an Bedeutung gewonnen. Die Sicherung der Renten ist ebenfalls im letzten halben Jahr wichtiger geworden.

Von über der Hälfte der Bevölkerung werden — zum Teil schon seit Jahren — die Themen **Stabilisierung der Wirtschaftslage** (60 Prozent),

Zuzugbeschränkung für Ausländer (56 Prozent), **Preisstabilität** (53 Prozent) und **Gesunderhaltung der Menschen** (53 Prozent) als sehr wichtig angesehen. (Tabelle 22)

Die Aufgabe „den **Zuzug von Ausländern einschränken**“ hat von allen Aufgaben in den letzten Jahren den **größten Bedeutungszuwachs erhalten**. Im Frühjahr 1989 hält über die Hälfte der Bevölkerung dieses Thema für sehr wichtig (56 Prozent). Im Herbst 1985 und auch noch im Herbst 1986 maßen diesem Thema nur gut ein Drittel der Bevölkerung besondere Wichtigkeit bei. Der Bedeutungszuwachs innerhalb der letzten zweieinhalb Jahre vollzog sich **in allen Bevölkerungsgruppen nahezu gleichmäßig**.

Dabei gilt weiterhin, daß junge Leute und Hochgebildete das Ausländerthema für weniger wichtig halten als alte Menschen und Wähler mit Volksschul- bzw. Hauptschulbildung. Darüber hinaus stieg in allen Parteianhängerschaften gegenüber der letzten Legislaturperiode die Bedeutung dieses Themas nahezu gleichförmig um 20 Prozentpunkte an. (Tabelle 23)

Die Wichtigkeit der **Verbrechensbekämpfung** ist im gleichen Zeitraum (Herbst 1986 bis Frühjahr 1989) um 7 Prozent zurückgegangen und wird nunmehr zum erstenmal nicht mehr von einer Mehrheit der Bevölkerung für sehr wichtig gehalten (49 Prozent).

Die sozialen Themen, die im unteren Mittelfeld der Prioritätenliste rangieren, werden der Wichtigkeit nach vom Thema **Wohnungsbauförderung** angeführt (44 Prozent der Bevölkerung halten dieses Thema für sehr wichtig).

Sozialleistungsverbesserungen (43 Prozent) und Entspannungspolitik mit der Sowjetunion (35 Prozent) folgen.

Am Schluß stehen die berufliche Gleichstellung der Frau (32 Prozent) sowie die westpolitischen Themen Vorantreiben der europäischen Einigung (25 Prozent) und Stärkung des Bündnisses mit den USA (17 Prozent).

Tabelle 23

Den Zuzug von Ausländern (Asylanten) einschränken (begrenzen)

	Es halten diese Aufgabe für sehr wichtig:			
	Herbst 1984 %	Herbst 1985 %	Herbst 1986 %	Frühjahr 1989 %
Gesamtbevölkerung	35	34	40	56
18 bis 24 Jahre	23	24	27	39
25 bis 29 Jahre	25	25	32	45
30 bis 44 Jahre	31	30	37	53
45 bis 59 Jahre	39	37	45	60
60 Jahre und älter	45	43	49	66
Hauptschule	42	41	47	66
Mittlere Reife	29	27	37	51
Abitur und höher	17	18	20	29
CDU/CSU-Anhänger	42	39	46	64
SPD-Anhänger	34	32	39	53
FDP-Anhänger	27	24	43	57
Anhänger der Grünen	15	13	17	30
Sonstige	46	54	36	81
Anhänger der Republikaner	—	—	—	88

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8405, 8510, 8603, 8901

4.2. Politische Prioritäten zwischen bundesrepublikanischen und europäischen Gemeinschaftslösungen

Für die sich andeutende pragmatisch-problemorientierte und mithin nüchtern-differenzierende Sicht der Europäischen Gemeinschaft und der europäischen Integration sprechen auch die Einschätzungen der politischen Probleme und ihre Lösungsmöglichkeiten national bzw. europaweit.

In der Beurteilung, ob die vorgegebenen politischen Aufgaben eher national oder eher gemeinsam mit den europäischen Partnern zu lösen sind, hat in der Bevölkerung die Präferenz für nationale Lösungen generell zugenommen.

Eine gemeinsame Lösung mit den anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft bevorzugt die Bevölkerung vor allem bei **außen- und sicherheitspolitischen Themen**. So sprechen sich bei der Friedenssicherung 81 Prozent für eine europäische Lösung aus und nur 17 Prozent meinen, daß es besser sei, dieses Thema allein zu lösen. Bei der Entspannungspolitik sieht dieses Verhältnis 75 Prozent zu 19 Prozent aus. Bei der Aufgabe, das Bündnis mit den USA zu stärken, glauben 68 Prozent, daß es besser sei, eine gemeinsame Lösung mit den europäischen Staaten anzustreben, als dies allein zu erreichen. Darüber hinaus sieht die Bevölkerung, daß vor allem der **Umweltschutz** nur zusammen mit den anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft gelöst werden kann (82 Prozent für eine gemeinsame europäische Lösung). Diese Relationen haben sich bei den genannten Aufgaben gegenüber dem Herbst 1988 praktisch kaum verändert.

Ebenso besteht bei der **Verbrechensbekämpfung** (51 Prozent für gemeinsame europäische Lösung, 44 Prozent für nationale Lösung) und der **Wirtschaftspolitik** (50 Prozent zu 47 Prozent) im Frühjahr 1989 noch ein leichtes Übergewicht für eine gemeinsame europäische Lösung.

(Tabelle 24)

Bei allen anderen politischen Aufgaben überwiegt deutlich die Vorliebe für nationale Lösungen. Dazu gehören insbesondere die **Rentensicherung** (82 Prozent nationale Lösung gegenüber 15 Prozent gemeinsame Lösung), die **Wohnungsbauförderung** (76/18 Prozent), die **Verbesserung der Sozialleistungen** (76/19 Prozent) und die **Arbeitsplatzsicherung** (64/33 Prozent).

Der Wunsch nach nationalen Lösungen hat gegenüber dem Herbst 1988 merklich zugenommen. Im Durchschnitt sprechen sich 11 Prozent mehr Bürger als noch vor einem halben Jahr dafür aus, daß die vorgegebenen politischen Aufgaben besser national zu bewältigen seien.

Bei der **Preisstabilität** war im Herbst 1988 die Meinung der Bevölkerung noch geteilt (48 Prozent für nationale Lösung, 47 Prozent für gemeinsame europäische Lösung), im Frühjahr 1989 entscheiden sich dagegen 16 Prozent mehr Bürger für die nationale Lösung (56 Prozent) als für die gemeinsame

Tabelle 24

	Nationale oder europäische Lösung politischer Probleme			
	zusammen mit anderen			
	Herbst 1988 %	Frühjahr 1989 %	Herbst 1988 %	Frühjahr 1989 %
Die Arbeitsplätze sichern	53	64	41	33
Den Frieden sichern	12	17	85	81
Für den Umweltschutz sorgen	15	17	82	82
Die Renten sichern	72	82	21	15
Eine stabile Wirtschaftslage sichern	36	47	58	50
Den Zuzug von Ausländern (Asylanten) einschränken (begrenzen)	—	50	—	39
Mehr für die Gesunderhaltung der Menschen tun	35	47	55	47
Die Preise stabil halten	48	56	47	40
Die Bürger wirksamer vor Verbrechen schützen	29	44	63	51
Den Wohnungsbau fördern	—	76	—	18
Die Sozialleistungen verbessern	65	76	26	19
Die Entspannungspolitik mit der Sowjetunion verstärken (weiterführen)	17	19	73	75
Mehr für die berufliche Gleichstellung der Frau tun	40	48	46	41
Das Bündnis mit den USA stärken	16	20	68	68

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8804, 8901

europeische Lösung (40 Prozent). Die berufliche Gleichstellung der Frau wurde noch im Herbst 1988 als mehrheitlich europäisch zu lösendes Problem angesehen (46 Prozent für gemeinsame europäische Lösung und 40 Prozent für nationale Lösung). Im Frühjahr 1989 bevorzugen auch bei dieser Frage mehr Bürger die nationale Lösung als die gemeinsame europäische Lösung.

Zusammenfassend zeigt sich, daß unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Wichtigkeit die Bevölkerung sich bei folgenden Politikfeldern der Notwendigkeit **gemeinschaftlicher europäischer Lösungen** bewußt ist:

- Friedenssicherung unter Einschluß der Bündnisfrage und der Entspannungspolitik
- Umweltschutzaufgaben
- wirtschaftliche Stabilität
- Verbrechensbekämpfung.

Auf der anderen Seite werden in plausibler Wahrnehmung vielfältiger ökonomischer und sozialer Probleme in anderen Staaten Westeuropas für die Bundesrepublik **nationale Problemlösungen** auf folgenden Politikfeldern bevorzugt:

- Arbeitsplatzsicherung
- Rentensicherung
- Wohnungsbau und andere sozialpolitische Aufgaben sowie neuerdings
- Zuzugsbeschränkung für Ausländer.

Nach wie vor wird die **Union in europäischen Fragen für die kompetenteste Partei** gehalten (45 Prozent). Die SPD konnte sich gegenüber dem Vorjahr auf niedrigerem Niveau geringfügig (um + 3 Prozentpunkte) verbessern und liegt nunmehr bei 33 Prozent. (*Tabelle 25*)

Tabelle 25

Partei mit dem stärksten Einsatz für Europa			
	1984 %	1988 %	1989 %
CDU/CSU	43	45	45
SPD	35	30	33
FDP	4	9	10
Grüne	3	4	4
weiß nicht	13	13	8

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8401, 8804, 8901

5. Das Rechtspotential am Beispiel der Republikaner

Bei der kommenden Europawahl hängt das Abschneiden der Parteien nicht zuletzt davon ab, inwieweit das zur Zeit in der Bundesrepublik vorhandene latente Rechtspotential seine Wahlentscheidung tatsächlich zugunsten der Republikaner oder einer anderen rechtskonservativen Splitterpartei trifft. Infolge des vergleichsweise geringen Stellenwertes der Europawahl ist die Möglichkeit rechten Protestwahlverhaltens relativ groß. Dies zeigte sich tendenziell bereits bei der Europawahl 1984, als insbesondere die NPD, aber auch andere rechtskonservative Splitterparteien kleinere Wahlerfolge zu verzeichnen hatten.

Bundesweit existiert z. Z. ein latentes Rechtspotential von beachtlicher Größe: 15 Prozent erklären sich bereit, die Republikaner oder eine andere rechtskonservative Partei „unter gegebenen Umständen“ mit ihrer Stimme zu unterstützen. Im März 1989 erschienen etwa 4 Prozent der Bevölkerung entschlossen, die Republikaner bei der kommenden Europawahl zu wählen. Dieser Anteil könnte sich eventuell steigern, wenn es den Republikanern gelingt, die kritische Haltung ihres Potentials gegen die Europäische Gemeinschaft im Wahlkampf zu aktivieren. Nirgendwo sind die antieuropäischen Einstellungen so verbreitet wie hier.

Für eine „gute Sache“ hält die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der EG nur jeder dritte des Rechtspotentials. Jeder fünfte beurteilt sie negativ (Gesamtbevölkerung: gute Sache: 53 Prozent, schlechte Sache: 10 Prozent).

Mit der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft verbindet das Rechtspotential überwiegend Nachteile. Jeder zweite sieht nur Nachteile in der Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur EG; nur 15 Prozent verbinden dagegen Vorteile damit (Gesamtbevölkerung: Vorteile: 24 Prozent, Nachteile: 31 Prozent).

Ursache hierfür sind die vielfach als zu hoch empfundenen finanziellen Belastungen der Bundesrepublik. Insgesamt 84 Prozent bezeichnen die Leistungen der Bundesrepublik an die EG als zu hoch (Gesamtbevölkerung: 63 Prozent). Als angemessen bezeichnet die Höhe der Zahlungen nur etwa jeder sechste (Gesamtbevölkerung: 33 Prozent).

Auch die Unterstützung ärmerer Länder unter Inkaufnahme eigener Nachteile kommt für die Mehrheit dieses Potentials nicht in Frage. 78 Prozent lehnen eine Unterstützung ärmerer Länder zu Lasten der Bundesrepublik ab. In der Gesamtbevölkerung ist es etwa jeder zweite.

Einer Verwirklichung des Binnenmarktes sehen fast zwei Drittel des Rechtspotentials (64 Prozent) mit besonders starken Befürchtungen entgegen (Gesamtbevölkerung: 48 Prozent). Hoffnungen verbindet nur jeder dritte mit der Durchsetzung des Binnenmarktes.

Diese relativ reservierte Haltung gegenüber der deutschen EG-Mitgliedschaft verbindet sich mit einem besonders stark ausgeprägten deutschen Nationalbewußtsein. Fast jeder zweite (43 Prozent) ist „sehr stolz“ darauf, Deutscher zu sein; weitere 43 Prozent sind darauf „ziemlich stolz“ (Gesamtbevölkerung: „sehr stolz“: 28 Prozent; „ziemlich stolz“: 47 Prozent). Dagegen fühlt sich nur jeder vierte als Europäer.

Die Europäische Gemeinschaft wird von Republikaner-Sympathisanten weitaus seltener als geeignet oder notwendig angesehen, die großen, politischen, ökonomischen und ökologischen Probleme zu lösen. Vielmehr baut man auf bundesrepublikanische Lösungen. (*Tabelle 26*)

Tabelle 26

	Nationale oder europäische Lösung politischer Probleme					
	Wichtigkeit		nationale Problemlösung		europäische Problemlösung	
	Insgesamt %	rechts-konservativer Potenzial %	Insgesamt %	rechts-konservativer Potenzial %	Insgesamt %	rechts-konservativer Potenzial %
Die Arbeitsplätze sichern	81	77	64	71	33	26
Den Frieden sichern	81	67	17	23	81	75
Für den Umweltschutz sorgen	77	68	17	23	82	75
Die Renten sichern	72	74	82	89	15	7
Eine stabile Wirtschaftslage sichern	60	62	47	56	50	41
Den Zuzug von Ausländern einschränken	56	75	50	67	39	28
Die Preise stabil halten	53	57	56	69	40	26
Mehr für die Gesunderhaltung der Menschen tun	53	49	47	54	47	39
Die Bürger wirksamer vor Verbrechen schützen	49	58	44	56	51	40
Den Wohnungsbau fördern	44	38	76	75	18	12
Die Sozialleistungen verbessern	43	36	76	80	19	11
Die Entspannungspolitik mit der Sowjetunion verstärken	35	26	19	28	75	66
Mehr für die Gleichstellung der Frau tun	32	21	48	50	41	33
Das Bündnis mit den USA stärken	17	18	20	30	68	58

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8901